

Startseite ▶ Archiv ▶ Parlamente ▶ **Bundestag 2005-2009** ▶ Abstimmungen ▶ **Internetsperren**

Internetsperren

Mit 389 Ja- zu 128 Nein-Stimmen hat der Bundestag die umstrittene Einführung sog. Internetsperren beschlossen. Dadurch soll der Zugriff auf Seiten mit kinderpornographischen Inhalten erschwert werden. Gegner halten die Sperren für weitgehend wirkungslos und befürchten eine Zensur des Internets.

Hintergrundinformationen

[Zur Abstimmung](#) [Abstimmungsverhalten](#)

Mit einem Stopp-Schild (s.o.) will die Bundesregierung gegen Kinderpornographie im Internet vorgehen. Internetanbieter (sog. Provider) werden in dem Gesetz verpflichtet, "technische Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zu kinderpornographischen Internetangeboten zu erschweren." Dazu wird ihnen vom Bundeskriminalamt eine täglich aktualisierte Liste mit den Adressen von Kinderpornoseiten übermittelt. Wer künftig eine indizierte Seite aufruft, bekommt lediglich ein Stopp-Schild angezeigt.

Gegner der sog. Netz-Sperren, darunter die Oppositionsparteien und der "Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur", halten diese Maßnahme im Kampf gegen Kinderpornographie nicht nur für weitgehend wirkungslos, da eine Sperre leicht zu überwinden sei, sondern sogar für kontraproduktiv. Statt durch eine Löschung von Internetseiten entschlossen gegen Kinderpornographie vorzugehen, würde diese lediglich hinter einem Stopp-Schild versteckt. Kinderpornographie würde so auch weiterhin Verbreitung finden.

Von Union und SPD wird darauf verwiesen, dass nach dem Prinzip "Löschen statt Sperren" verfahren werden soll: Erst wo die Löschung einer Internetseite mit Kinderpornos nicht gelingt, weil sich diese z.B. auf einem Server im Ausland befinden, soll eine Sperrung erfolgen. Allerdings kann laut Gesetzentwurf eine Internetseite auch dann auf der Sperrliste des Bundeskriminalamtes landen, wenn eine Löschung "nicht in angemessener Zeit erfolgversprechend" ist. Dies kann z.B. der Fall sein, weil deutsche Polizeibehörden keinen direkten Zugriff auf ausländische Provider haben und erst einen Umweg über internationale Behörden nehmen müssen, [wie es die CDU-Abgeordnete Martina Krogmann in einer Antwort auf abgeordnetenwatch.de beschreibt](#).

Kritiker des Sperr-Gesetzes befürchten, dass eine Zensur-Infrastruktur für das Internet geschaffen wird, der auch andere Inhalte zum Opfer fallen könnten. In Blogs, Foren und bei Twitter formierte sich ein Proteststurm, der in einer ePetition an den Bundestag zusammenlief: Mit mehr als 130.000 Unterstützerinnen und Unterstützer ist die Petition "Keine Indizierung und Sperrung von Internetseiten" die größte Online-Eingabe aller Zeiten.

Auch innerhalb der SPD-Fraktion gab es kritische Stimmen gegen das umstrittene Gesetz. Der Abgeordnete Gregor Amann schrieb auf abgeordnetenwatch.de, [er rechne wegen Bedenken in seiner Fraktion damit, dass die Internetsperre "entweder gar nicht oder nur in sehr veränderter Form beschlossen wird"](#). Auf Drängen der SPD kam es in letzter Minute schließlich noch zu Änderungen an dem Gesetzentwurf.

Die Koalitionsfraktionen einigten sich auf folgende Eckpunkte:

Abstimmungsergebnis

zugestimmt	
63,56 % / 389 Stimmen	
dagegen gestimmt	
20,92 % / 128 Stimmen	
enthalten	
2,94 % / 18 Stimmen	
nicht beteiligt	
12,58 % / 77 Stimmen	

CDU

zugestimmt	
89,27 % / 158 Stimmen	
dagegen gestimmt	
0,56 % / Eine Stimme	
nicht beteiligt	
10,17 % / 18 Stimmen	

SPD

zugestimmt	
85,97 % / 190 Stimmen	
dagegen gestimmt	
0,90 % / 2 Stimmen	
enthalten	
1,36 % / 3 Stimmen	
nicht beteiligt	
11,76 % / 26 Stimmen	

FDP

dagegen gestimmt	
88,52 % / 54 Stimmen	
nicht beteiligt	
11,48 % / 7 Stimmen	

CSU

zugestimmt	

1. Für die Sperrung von Internetseiten mit kinderpornographischen Inhalten wird ein Spezialgesetz geschaffen, das einzigt den Bereich Kinderpornographie umfasst und zuächst auf drei Jahre befristet wird. Dies hatte die SPD gefordert. Ursprünglich war vorgesehen, die Netz-Sperren innerhalb des Telemediengesetzes zu verankern. Dadurch, so Kritiker, ließe sich die Sperrung auch problemlos auf andere Inhalte wie "Killerspiele" (wie z.B. [vom CDU-Abgeordneten Thomas Strobl auf abgeordnetenwatch.de angedacht](#)) oder bei Urheberrechtsverletzungen ausweiten.

2. Internetnutzer, die auf den Stopp-Seiten landen, sollen keine Strafverfolgung mehr fürchten. In der ursprünglichen Fassung des Gesetzes war eine Verpflichtung für Internetanbieter geplant, Nutzerdaten zu speichern und diese auf Verlangen an das Bundeskriminalamt weiterzuleiten. Dadurch hätten auch Internetsurfer, die bspw. durch das versehentliche Anklicken eines Links auf eine solche Stopp-Seite gelangt wären, ins Fadenkreuz der Ermittlungsbehörden geraten können.

Der endgültige Gesetzentwurf sieht außerdem eine unabhängige Kontrolle der Filterliste des Bundeskriminalamts vor, wovon zuvor keine Rede gewesen war.

0

Kommentare von Besuchern zur Abstimmung

Kommentar #556

Es wäre sehr gut, wenn in Deutschland besser noch EU weit endlich Internetsperren eingeführt werden. Wer beim dritten mal erwischt wird, kommt ins Gefängnis nebst 300.000 EUR Strafe so, wie es Frankreich gemacht hat. Das wird es sehr bald auch in Deutschland und EU weit geben. Man arbeitet schon lange daran und ich begrüße Internetsperren ausdrücklich, damit Filesharer keine Chance mehr haben! Dantenschutz und Informationsrecht existiert nicht, das ist reines Wunschdenken! Fakt ist, dass beides schon lange ausgehebelt wurde und Datenschützer null Einfluss auf irgend etwas haben. MFG AktionFürInternetSperren!

von: AktionFürInternetSperren

am: 15.12.2011 12:47

Kommentar #555

Some time ago, I really needed to buy a building for my organization but I didn't earn enough money and couldn't order anything. Thank God my father suggested to try to get the loans from trustworthy creditors. Therefore, I acted so and used to be happy with my college loan.

von: RUBYSutton22

am: 09.12.2011 06:21

Kommentar #554

ich halte nix und wieder nix von den sperren alleine durchdessen es verboten wird wird das ganz nur noch interesanter für dir leute und mahct es nur noch schlimmer
<http://www.youtube.com/watch?v=OwrMroEiHj0&feature=relmfu>

von: klaas

am: 12.09.2011 18:42

Kommentar #553

Und weil's nicht so geklappt hat wie sich dass unsere unfähigen und beratungsresistenten Lobbypolitiker gedacht haben wollen sie es uns nun über EU-Gesetze aufzwingen.

An alle Politiker die für die Sperren sind:

86,96 % / 40 Stimmen

nicht beteiligt
13,04 % / 6 Stimmen

DIE LINKE

dagegen gestimmt
67,92 % / 36 Stimmen
 nicht beteiligt
32,08 % / 17 Stimmen

GRÜNE

dagegen gestimmt
64,71 % / 33 Stimmen
 enthalten
29,41 % / 15 Stimmen
 nicht beteiligt
5,88 % / 3 Stimmen

fraktionslos

zugestimmt
33,33 % / Eine Stimme
 dagegen gestimmt
66,67 % / 2 Stimmen

Sucht euch neue Völker die ihr verarschen könnt !

von: Michael Bohle

am: 13.12.2010 17:51

Kommentar #552

ich bin zwar erst 16 aber ich hoffe trotzdem das ich ernstgenommen werde xDD

@ hubert

ich möchte dich mal auf den link verweisen www.pcwelt.de

es ist kein problem auch für die die sich wenig auskennen mit dem medium internet diese sperren zu umgehen. man muss nur lesen können... und google weiß alles :D. diese sperren bringen meiner meinung nach garnichts...

und das geht auch

@ Daniela aus Tübingen kinder werden doch trotzdem missbraucht egal ob da jetzt im internet eine sperre ist oder nicht. das problem wird doch nicht gelöst sondern man schaut nur weg nach dem motte was ich nicht seh geht mich nichts an... diese unmengen an geld wären besser angelegt in therapien für diese täter und auch für opfer. was bringt es wenn im internet so ein stoppschild ist und täter weiterhin kinder missbrauchen??? sorry aber aus meiner sicht nichts...

es veröffentlichen ja nur 1% der täter ihre taten im internet ... mir wär es lieber das alle länder zusammen gegen den missbrauch vorgehen und so auch die strafrechtlich verfolgt werden können die diese seiten von einem server im ausland anbieten.

von: Kevin

am: 07.12.2010 13:39

[Alle Kommentare anzeigen ▶](#)

Ihr Kommentar zur Abstimmung

Ihr Name

Ihr Kommentar

Wahlen & Parlamente

OB Wahl Mainz
Saarland
Schleswig-Holstein
Bundestag
Baden-Württemberg
Bayern

Über das Projekt

Wir über uns
Kuratorium
Moderationscodex
Finanzierung
Impressum
Datenschutzerklärung

Projekt unterstützen

Projekt unterstützen
Infopaket bestellen

Berlin
Hamburg
Hessen
Niedersachsen
NRW
Schleswig-Holstein
EU



abgeordnetenwatch.de ... Transparenz in die Politik zu bringen kostet Geld.

Werden Sie jetzt Fördermitglied ▶

© 2004-2012 Parlamentwatch. Alle Rechte vorbehalten. Server hosted by [ECS Webhosting](#).